UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Vormittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro GmbH.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 22. Juni	Nr. 807

Regierungserklärung des Danziger Senatspräsidenten.

Danzig, 20. Juni. Der Danziger Senatspräsident Greiser gab am Sonnabend abend anläßlich einer großen Sommersonnenfeier der Danziger Hitlerjugend, an der sämtliche Gliederungen der NSDAP teilnahmen, eine Regierungserklärung ab, in der er insbesondere auch zu den jüngsten Vorgängen in Danzig Stellung nahm. Der Präsident betonte einleitend, daß er sich besonders freue, diese Regierungserklärung bei dieser einzigartigen Gelegenheit vor der anständigen deutschen Jugend Danzigs abgeben zu können.

Präsident Greiser wies dann darauf hin, daß es gegenwärtig überall in der Welt gäre, während das neue Dritte Reich im wohltuenden Gegensatz zu dieser beängstigenden Atmosphäre als eine Keimzelle der Ordnung und des Wiederaufbaues stehe. Auch die nationalsozialistische Danziger Regierung könne für sich in Anspruch nehmen, daß sie unter den gänzlich andersgelagerten politischen, wirtschaftlichen aber auch besonders völkerrechtlichen Bedingungen im Verhältnis zum Mutterlande die gleiche aufopferungsvolle Arbeit mit dem gleichen Erfolge geleistet habe. Allerdings hätten unter dem gleichen Deckmantel der parlamentarischen Danziger Verfassung die negativen und zersetzenden Kräfte eine solche Kurve der Aufwärtsentwicklung nicht vertragen können.

Der Senatspräsident erinnerte weiter an die Erfolge der in Danzig eingeleiteten Auslöhnung zwischen Deutschland und Polen sowie an die Tatsache, daß auch der Versuch der Danziger Opposition, die Danziger Verfassung als rettenden Strohhalm zu benutzen, an der verfassungstreuen Haltung der nationalsozialistischen Danziger Regierung gescheitert sei. In ihrer direkten und freimütigen Zusammenarbeit mit den Instanzen des Völkerbundes sei es der Regierung gelungen, eine ruhige Atmosphäre zu schaffen. Die mißgvollen vom Geiste gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Verständnisses getragenen Verhandlungen mit Polen ließen absolut günstige Schlüsse für eine weitere, wenn auch langsame, so doch stetige Entwicklung in Danzig zu.

Präsident Greiser erklärte schließlich mit großem Nachdruck und unter stürmischer Zustimmung der unter freiem Himmel versammelten Massen, daß die verletzenden Kräfte, die in ihrem Haß gegen das Dritte Reich kein ruhiges Danzig gebrauchen könnten, nach ihren Mißerfolgen bei den internationalen Instanzen nunmehr versucht hätten, durch Provokationen Unruhen hervorzurufen. Man habe sich bekannte und strafaesetzlich bewährte kommunistische Messerstecher engagiert und anständige und ruhig arbeitende Nationalsozialisten überfallen. Wenn dann Nationalsozialisten sich zur Wehr gesetzt hätten, so habe man sich über einen Terror der Nationalsozialisten beschwert. Verwunderlich sei es nur, daß man von nationalsozialistischem Terror spreche, die Nationalsozialisten dabei aber drei Tote und einige Schwerverletzte zu beklagen haben.

Angesichts der Berichterstattung der Danziger Oppositionspresse zu diesen Vorgängen hätten die Danziger Behörden ein übergroßes Maß von Duldsamkeit aufbringen müssen, um der sogenannten freien Meinungsäußerung zuliebe diesen Presseerzeugnissen gegenüber nicht eine andere wohlverdiente Haltung einzunehmen.

Präsident Greiser brandmarkte dann die ungeheuerliche Unverschämtheit der Oppositionspresse, die anläßlich der Staatstrauer um den ermordeten nationalsozialistischen Kameraden wieder versucht habe, die Ideologie der nationalsozialistischen Bewegung als für Danzig nur parteimäßig gebunden hinzustellen, während jeder Mensch in der ganzen Welt wisse, daß diese Idee heute die Schranken einer parlamentarischen Partei längst gesprengt und die Einigungsformel für das gesamte deutsche Volk innerhalb und außerhalb der deutschen Reichsgrenzen geworden sei. Wenn Männer wie Deskowski, Fressnonke und Ludwig in Danzig fallen, so stehe, wie das äußerlich sichtbar bei ihren Begräbnissen zum Ausdruck gekommen sei, der Führer und das ganze deutsche Volk an der Bahre dieser Kämpfer. Der Senatspräsident verwahrte in diesem Zusammenhang auch noch die Hetze gegen den Gauleiter Forster, der als Danziger Staatsangehöriger die Ehre besitze, von reichsdeutschen Partei- und Staatsstellen in hohe Aemter berufen zu sein und den die Regierung auf die Dauer nicht ohne weiteres beschimpfen lassen könne, ohne der Regierung des Deutschen Reiches gegenüber eine Haltung einzunehmen, die ausgesetzt zu werden. Zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle dieser Art forderte Präsident Greiser die Danziger Nationalsozialisten auf, beim Marsch durch die Stadt auf den Gruß der Fahne zu verzichten, wenn er nicht freiwillig gewährt werden.

Präsident Greiser teilte abschließend noch mit, daß er zur Beruhigung der durch die innerpolitischen Auseinandersetzungen etwas erhitzten Gemüter und im Interesse einer ruhigen Entwicklung der Wirtschaft und des Fremdenverkehrs den Polizeipräsidenten angewiesen habe, mit sofortiger Wirkung ein politisches Versammlungs- und Demonstrationsverbot für Groß-Danzig einschließlich Zoppot auszusprechen. Ausgenommen hiervon seien lediglich sportliche Veranstaltungen. Eingeschlossen in das Verbot seien alle Kundgebungen nicht nur öffentlichen, sondern auch geschlossenen Charakters. Damit fallen auch die Mitgliederversammlungen der Oppositionsparteien, zu denen großzügig Karten an alle möglichen verbrecherischen Elemente ausgegeben worden seien, unter dieses Verbot. Der Präsident schloß mit einem Appell an die Danziger Bevölkerung, diese Maßnahme richtig zu verstehen. Er sei überzeugt, daß nunmehr in kurzer Zeit die Lage völlig befriedigend sein werde.

Baldwin auf einer konservativen Massenversammlung.

London, 20. Juni. Vor einer konservativen Massenversammlung in Withay in North-Lanarkshire verteidigte am Sonnabend der britische Ministerpräsident Baldwin den Beschluß der Regierung, sich für die Aufhebung der Sanktionen einzusetzen. Baldwin erklärte, daß die Entscheidung der Regierung selbstverständlich Kritik hervorrufen könne. Er glaube aber, daß das Volk sie schließlich billigen werde. Man müsse daran denken, daß es in Abessinien keine Regierung mehr gebe, daß der Krieg, wegen dessen man die Sanktionen angewandt habe, vorüber sei. Die Sanktionen seien aufgehoben worden, um den Krieg abzuwenden. Sie hätten keine Strafe darstellen sollen. Es gebe nur eine Alternative, und sie besage, daß man zum Kriege schreiten müsse. Er wiederhole, daß kein Land in Europa hierzu bereit sei. Er selbst sei ebenfalls nicht bereit, seine Stimme dafür zu geben. Er erinnere daran, daß ihn Frauen und Männer in ganz Großbritannien während der Wahlen gebeten hätten, Großbritannien aus einem Kriege herauszuhalten.

Die Arbeiter-Partei habe in ihrem Manifest behauptet, daß die britische Regierung ihre feierlich dem Volk gegebenen Versprechungen gebrochen habe. Die Regierung habe aber in ihrem Wahlmanifest erklärt, daß der Völkerbund wie bisher der Eckpfeiler der britischen auswärtigen Politik bleiben werde, und das sei noch heute seine Ansicht. Er wiederhole, daß ein Scheitern der Sanktionen nach seiner Ansicht niemals das Ende des Völkerbundes bedeute und, falls der erste Versuch, der Welt auf dem Wege über den Völkerbund den Frieden zu sichern, fehlschlage, man von neuem einen Versuch machen müsse. Man müsse insbesondere noch die außenstehenden Völker dazu bewegen versuchen, in den Völkerbund einzutreten. Er fordere jetzt wie bereits vorher einmal alle Freunde im Völkerbund auf, sich zusammenzuleiten, um festzustellen, wie dessen Maschinerie für die Zukunft wirksamer gestaltet werden könne. Er habe die Wählerschaft in keiner Weise darüber im Zweifel gelassen, daß man, wenn man zu Sanktionen schritte, auch zum Kriege bereit sein müsse. Andernfalls handele man unehrlich. Er habe aber wiederum darauf hingewiesen, daß Großbritannien nicht zum Kriege schreiten könne, solange nicht die Lücken in seiner Verteidigung ausgefüllt seien, und daß diese Aufrüstung notwendig sei, damit Großbritannien seine Pflichten gemäß der Völkerbundssatzung erfüllen könne. Wiederholt habe er erklärt, daß die kollektive Sicherheit nur dann wirksam werden könne, wenn die beteiligten Völker bereit seien, gleichzeitig mit militärischen Maßnahmen, ja notfalls mit dem Kriege zu drohen.

Das Manifest der Arbeiter-Partei behaupte weiter, daß der militärische Erfolg Mussolinis nur durch die Belieferung erzielt worden sei. Der klare Grund, warum man die Lieferung von Waffen verhindern müsse, bestehe darin, daß die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes seien und die Ausfuhr von Oel nicht verboten haben würden.

Weiter werde behauptet, daß die Regierung die Einschränkung der Sanktionen anrate. Das sei nicht richtig. Wenn es einen sicheren Weg gebe, der zum Kriege führe, so sei es der, daß man eine Sanktionen rede und auf der anderen Seite nichts tue, um die Rekrutierung zu fördern. Die Rekrutierungskampagne der Regierung gelte nicht der Armee oder der Marine, sondern der Verteidigung der kollektiven Sicherheit. Wenn man den Frieden durch kollektive Sicherheit zu erhalten hoffe, so sei der erste Schritt dazu eine bessere Kriegsvorbereitung.

Baldwin verwahrte sich hierauf gegen den Vorwurf, daß die Regierung „davongelaufen" sei. Dieser Vorwurf könne doch nur heißen, daß man vor der italienischen Flotte davongelaufen sei. Und das wagten Leute leichthin zu sagen, die kein Schiff für die Flotte bewilligten und kein Flugzeug für die Luftmacht! Baldwin sagte dann, es lohne sich, nach kollektiver Sicherheit zu streben. Das sei angesichts der Völker, die außerhalb stünden, schwierig. Wenn Japan und die Vereinigten Staaten und Deutschland im Völkerbund wären, würde die kollektive Sicherheit sofort funktionieren. So schwierig sie auch sei, sie müsse und werde siegen. Ehrgeiz auch immer die Diktatoren im Busen hegten, sie wüßten genau wie die Briten, was ein Krieg in Europa bedeuten würde, nämlich das Ende der Zivilisation. Er glaube, daß die Schrecken eines modernen Krieges in Europa zu einer Revolte der Völker gegen alle Führer werde, so daß Europa sich sehr bald von einem Ende zum anderen im Zustand barbarischer Anarchie befinden werde.

Er sehe mit Gleichmut und Vertrauen dem Ergebnis der Kampagne gegen die Regierung entgegen. Er bitte aber um Sympathie für den Außenminister Eden in diesen schweren Zeiten. Man werfe diesem vor, er habe alles über Bord geworfen, woran er geglaubt habe. Das sei nicht der Fall. Er sei ein Mann mit großen Ideen und ein Mann von Mut. Er werde für seine Ideale weiter eintreten, ohne den Mut zu verlieren. Man könne Sicherheit, kollektive oder andere Sicherheit, nicht auf billige Art und Weise haben. Wenn unter dem System der kollektiven Sicherheit ein Krieg ausbreche, werde jede Nation bis zum Hals in ihm stecken. Die Befürworter der kollektiven Sicherheit, die auch nicht einen Freiwilligen für die Armee zur Verfügung stellen wollten, kein Geschoß und kein Flugzeug, sollten sich das vor Augen halten. Er glaube, daß dann die Nation bereit sei, das Risiko einzugehen. Er sei bereit, dafür zu arbeiten, aber die Nation möge die Gefahr nicht unterschätzen.

Die Rede, die zweifellos eine Antwort der Regierung auf die Vorwürfe Lloyd Georges und der Arbeiter-Opposition darstellt, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Stapellauf eines englischen Kreuzers.

London, 20. Juni. Am Sonnabend nachmittag fand der Stapellauf des siebenten Kreuzers, der den Namen „Glasgow" führt, in Gegenwart der Frau des Ministerpräsidenten Baldwin statt. Dabei ereignete sich ein ungewöhnlicher Zwischenfall. Der Schiffstaufkrumpf kam nicht rasch genug ins Gleiten, sodaß Frau Baldwin selber unter dem Jubel der Zuschauer Hand anlegte, worauf der Stapellauf glatt vonstatten ging.

Ausländische Diplomaten beim französischen Handelsminister.

Paris, 21. Juni. Der französische Handelsminister Paul Bastid hat in den späten Nachmittagsstunden des Sonnabend den belgischen und den chinesischen Botschafter sowie den norwegischen Gesandten in Paris empfangen.

Die Auflösung der französischen Kampfbünde.

Paris, 21. Juni. Das Innenministerium gab in der Nacht zum Sonntag eine Mitteilung aus, wonach in einer gemeinsamen Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Blum, Justizminister Rucard und Innenminister Salengro Maßnahmen geprüft worden sind, um die Durchführung der Auflösungsverordnungen der Regierung gegen die vier Bünde zu gewährleisten. Die Regierung werde in der Gewißheit des Vertrauens der ganzen Nation die Auflösung der Bünde unerbittlich streng und sofort durchführen.

Ende des Streiks im Antwerpener Hafen.

Antwerpen, 20. Juni. Der Arbeitgeberverband und der Ausschuß der Hafenarbeiter haben den Vermittlungsvorschlag des Ministerpräsidenten van Zeeland auf Erhöhung des Tageslohns auf 10 Francs angenommen. Die Entscheidung des Arbeitsausschusses muß nunmehr bestätigt werden durch eine Abstimmung der Arbeiterschaft, die Sonnabend nachmittag stattfindet. Man glaubt indessen, daß die meisten Streikenden dem Vorschlag zustimmen werden. In diesem Falle würde der Hafenarbeiterstreik sein Ende nehmen und die Arbeit Montag früh wieder aufgenommen werden.

Die Tagung der Nachrichtenbüros beendet.

Stockholm, 21. Juni. Die Tagung der internationalen Nachrichtenbüros in Stockholm fand am Sonnabend abend mit einem Festessen ihren Abschluß, das von dem Tidningarnas Telegrambyra im Grand-Hotel zu Saltsjoebaden bei Stockholm veranstaltet wurde. Im Verlaufe des Abends hielt der Vorsitzende des Vorstands vom Tidningarnas Telegrambyra, Desilgren, eine Ansprache. Der Vertreter des Renter-Büros, Murray, sprach den Dank der anwesenden Vertreter der Nachrichtenbüros aus.

Die nächste Vollsitzung findet im Jahre 1937 in Belgrad und die nächste ordentliche Tagung 1938 in Oslo statt.

Die Modernisierung Roms.

Rom, 20. Juni. Mussolini hat sich am Sonnabend in der Engelsburg die Pläne für die Modernisierung des der Peterskirche vorgelagerten Stadtviertels unter besonderer Berücksichtigung der verkehrstechnischen und künstlerischen Interessen vorlegen lassen und genehmigt. Der Gouverneur der Stadt Rom, Battai, soll die von den namhaften Architekten Piacentini und Spaccarelli stammenden Pläne Papst Pius XI. unterbreiten. Mit den Arbeiten wird noch in diesem Herbst, und zwar am Jahrestage des Marsches auf Rom, dem 28. Oktober, begonnen werden.

Diplomaten-Empfänge beim italienischen König.

Rom, 21. Juni. Nach einer amtlichen Mitteilung der Agenzia Stefani hat am Sonntag nachmittag der König von Italien und Kaiser von Abessinien nacheinander die Gesandten Oesterreichs, Aegyptens, Persiens und Haitis in feierlicher Sitzung zur Ueberreichung ihrer Beglaubigungsschreiben empfangen.

Hohe Auszeichnung für Marschall de Bono.

Rom, 20. Juni. Marschall de Bono und Unterrichtsminister de Vecchi haben die höchsten Auszeichnungen des militärischen bezw. zivilen Hausordens von Savoyen erhalten.

Roosevelt hebt das Ausfuhrverbot gegen Italien auf.

Washington, 21. Juni. Präsident Roosevelt hat am Sonnabend das Ausfuhrverbot gegen Italien und alle Handelsbeschränkungen gegenüber Italien und Abessinien aufgehoben.

Steuerreformvorlage vom Kongreß angenommen.

Washington, 21. Juni. Der Kongreß hat endgültig die Steuerreformvorlage, die etwa 800 Dollarmillionen an neuen Steuern vorsieht, angenommen. Ferner ist der Nachtragshaushalt in Höhe von 2670 Millionen Dollar, von denen 1425 Millionen Dollar für Nothilfezwecke eingesetzt sind, gebilligt worden. Beide Vorlagen gingen an das Weiße Haus weiter.

Das Repräsentantenhaus beschloß am Sonnabend nachmittag die endgültige Vertagung des Kongresses. Der Beschluß ist noch am gleichen Abend dem Senat zugeleitet worden.

Der amerikanische Kongreß vertagt sich.

Washington, 22. Juni. Der Kongreß vertagte sich am Sonntagfrüh auf unbestimmte Zeit, um den demokratischen Mitgliedern die Teilnahme am demokratischen Parteitag in Philadelphia zu ermöglichen.

Coughlin für die neue amerikanische Partei.

New York, 20. Juni. Der „Radiopriester" Coughlin stellte sich in einer in den ganzen Vereinsstaaten verbreiteten Rundfunkrede hinter den dritten Präsidentschaftskandidaten Lemke, den Kandidaten der Vereinigung aller inflationistischen Gruppen zustande.

Dazu gehören 1. Pfarrer Coughlin „Bund für soziale Gerechtigkeit", 2. der „Bund zur Verteilung des Wohlstandes", 3. d. Anhänger des ermordeten Senators Huey Long, von deren radikalen Forderungen Lemke manches in sein eigenes Parteiprogramm aufgenommen hat, sowie 3. die Anhänger Lemkes, dessen Antrag auf Auszahlung von drei Dollarmilliarden an die Farmer erst kürzlich vom Kongreß abgelehnt wurde. Um den Bund der Wunderdoktoren vollzumachen, fehlt nur noch die Zustimmung Doktor Townsends, der Lemke ebenfalls unterstützen will, wenn dieser eine angemessene Altersgrenze verspricht. Die Schlagworte, mit denen die neue Unionspartei im Herbst zu siegen hofft, sind „Kampf gegen wirtschaftliche Sklaverei und die von Menschenhand geschaffene Depression".

1. F. C. Nürnberg deutscher Fußballmeister.

Berlin, 21. Juni. Vor 50 000 Zuschauern schlug in einem dramatischen Endkampf um die deutsche Fußballmeisterschaft im Berliner Polizeistadion der 1. Fußballclub Nürnberg den westdeutschen Vertreter Fortuna-Düsseldorf nach einem Kampfe von 120 Minuten knapp mit 2:1 (1:1). Das entscheidende Tor fiel 30 Sekunden vor dem Schluß, nachdem Düsseldorf fast während des ganzen Kampfes überlegen gespielt hatte.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.